

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers  
und des Anzeigers für das Erzgebirge  
an jedem Montag, Mittwoch, Freitag  
und Samstag. Preis 10 Pf.

Veröffentlichung des Anzeigers  
und des Anzeigers für das Erzgebirge  
an jedem Montag, Mittwoch, Freitag  
und Samstag. Preis 10 Pf.

Veröffentlichung des Anzeigers und des Anzeigers für das Erzgebirge an jedem Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Preis 10 Pf.

Ar. 108 Dienstag, den 10. Mai 1932 27. Jahrgang

# „Endlich muß der Schlußstrich gezogen werden“

## Große außenpolitische Rede Brüning's — Die Rüstungsfreiheit und die Tributfrage — Neuer Sammelruf des Kanzlers

Berlin, 8. Mai. Der Berliner Verband der Ausdrückten Presse veranfaßte heute im Neuen Rathaus in Berlin-Schöneberg eine politische Matinee, in deren Mittelpunkt eine große außenpolitische Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning stand. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Verbandes, Dr. Thums, nahm der Reichskanzler das Wort zu einer Ansprache, in der er zunächst die Bedeutung der Presse würdigte und dann ausführte:

„Die Wahl des Staatsoberhauptes, das nach dem Willen und dem Geiste der Verfassung das statische Moment gegenüber der oft flüchtigen und schwer berechenbaren Dynamik der parlamentarischen Machtfaktoren darstellt, ist gerade auch außenpolitisch eine Handlung von entscheidender Bedeutung. In dieser schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe der Reichspräsidenten, im Reaktionspunkt entscheidender Auseinandersetzungen außenpolitischer Art müssen — das bin ich gewiß — alle unbefangenen und unparteiischen Kreise unseres Volkes als ein Bild betrachten, das uns eine gültige Vorlesung in der Person des Reichspräsidenten den Mann befehrt hat.

der unser Land und Volk wie kein anderer oberster Sachwalter vertreten kann. (Stürmischer Beifall.) Unser Volk hat sich dieses Urteil mit einer überwiegenden Mehrheit zu eigen gemacht, und hierzu durch mein öffentliches Eingreifen in den Wahlkampf beigetragen, war für mich erste und oberste Pflicht, gerade als Außenminister des Deutschen Reiches. (Beifall.) Das außenpolitische Bild, das die mit so gewaltiger Mehrheit vollzogene Wahl Hindenburgs zweifellos darstellt, war die vorübergehende Abwesenheit von Genf vollzogen wert.

Die Wiederwahl unseres Reichspräsidenten hat eine Epoche von Konflikten und inneren Zwistigkeiten beendet. Jetzt heißt es, sich einseitig hinter seine verehrungswürdige Person zu stellen, um der internationalen Autorität seiner Persönlichkeit bei den kommenden außenpolitischen Aktionen die moralische Stützpunkt hinzuzufügen, die der einige Wille eines großen Volkes dem Oberhaupt der Nation zu sichern vermag. (Stürmischer Beifall.)

Nach vollzogener Wahlentscheidung bin ich dann nach Genf gegangen — nicht, um die Unruhigen zu beruhigen — die dann über meinen Entschluß garnicht mehr so sehr begeistert waren — sondern um dort mich der Behandlung der außenpolitischen Probleme zu widmen, deren größtmöglicher und beschleunigter Lösung wir nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse der ganzen Welt bedürfen. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, wenn ich neben die deutschen Interessen gleich die der anderen stelle. Es geschieht das aus der klaren Erkenntnis heraus, daß ich für Deutschland nur dann das Beste heraushole, wenn mir auch gleichzeitig der überzeugende Nachweis gelingt, daß Deutschlands Ziele mit den wohlverstandenen Interessen der Welt zusammenfallen. (Sehr richtig.) Das ist ja gerade das Angeld des Verfallenen Friedensvertrages und der ihm nachgemodelten anderen Friedensverträge gewesen, daß man geglaubt hat, daß einzelne Länder sich alles Gute und wertvolle dieser Erde sichern, sich loszusagen alles Bild verschaffen könnten, während den Unterlegenen nur das Unangenehme hieße, den Besiegten loszusagen nur die Tränen geschmeckt werden könnten, um ihr Unglück zu beweisen.

Von einer solchen, innerlich unwahren, naturwidrigen Friedenskonzeption geht alles Verhängnis aus. Sie hat sich in der Nachkriegszeit als vollkommen irrig erwiesen. Sie wird auch, wenn keine Wendung eintritt, die Welt immer tiefer in das entsetzliche Elend hinstürzen, das unter den Namen „Wirtschaftskrisis, Arbeitslosigkeit“ zur Geißel aller Kulturstaaten zu werden droht.

Die größten Wirtschaftsoberhäupter der Welt haben es von einer ihrer Konferenzen zur anderen wiederholt, daß zur Herstellung normaler Verhältnisse Vertrauen und wiederum Vertrauen notwendig ist. Und wie soll sich Vertrauen, die erste unabweisbare Grundlage zum Wiederaufbau, zur Herbeiführung besserer Zustände, entwickeln, wenn noch immer die aufreizende Ungleichheit zwischen den Siegern und Besiegten besteht? — Es hat sich dieses gegenüber Deutschland zum Besseren gewendet. Die Atmosphäre des Hasses, die uns Deutschen jahrelang nach dem Kriege gegenübertrat, ist vielfach gemilchert, mit selbst uralten Mitarbeitern sind vielfache und erfreuliche Seiden sympathischen Verständnisses zuteil geworden, über die wir im Interesse unseres Landes feste Verleibung empfinden konnten. Aber in diesem, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, besteht diese Ungleichheit fort; in der Sicherung der Heimat mit allem damit verbundenen unabweisbarem menschlichen Recht.

Sind wir in einem Zustande minderen Rechtes geblieben. Dieswegen blumt sich ganz Deutschland mit Recht auf. Hierin sind sich alle einig und hierin liegt die Bedeutung der Währungsfrage, die nun seit Februar in der großen Währungskonferenz einer Lösung entgegengeführt werden soll. Ich fürchte nicht, mißzuverstehen zu werden, als ich vor kurzem in Genf vor Ihren Kollegen aus der gesamten internationalen Presse sprach, als ich mit aus vollem Herzen kommenden Überzeugung auf den feindlichen Charakter des deutschen Volkes verwiesen habe. Ich habe seinen Widerspruch

erfahren. Die gelegentlich beliebten Hinweise auf angebliche Invasoren, die von Zeit zu Zeit mehr agitatorisch als historisch begründet lauten, kann ich gelassen beiseite schieben. Deutschland will, wie auf allen Gebieten, so auch auf dem der Rüstungsfrage, seine Sonderrechte, seine Privilegien.

Es will nichts als die Gleichheit, als die Befreiung des Zustandes, der es in die Kategorie minderen Rechtes versetzt und auf den Stand der Wehrlosigkeit rückt.

Vor wenigen Tagen wurde unser Land erregt durch das Gerücht von einer bevorstehenden Besetzung Danzigs. Das Gerücht war unbegründet, aber wie hätte es so tiefe Beunruhigung, so tiefe Sorgen vor einem Konflikt mit allen seinen unaussprechlichen Folgen herbeiführen und uns alle auf das Tiefste erschüttern können, wenn eben nicht diese Ungleichheit bestanden hätte.

Was von der Abrüstungsfrage gilt, gilt im gleichen Maße von den Reparationszahlungen. Längst ist in allen denkenden Köpfen die Überzeugung Gemeingut, daß Deutschland die ungeheuren ihm auferlegten Zahlungen nicht leisten kann. Ja, mehr als das, daß diese Zahlungen entscheidend dazu beigetragen haben, den wirtschaftlichen Wirrwarr in der Welt herbeizuführen, ihn bis ins Unträglichste zu vergrößern und bei ihrer Fortdauer jede Möglichkeit der Besserung auszuschalten.

Deutschland hat für den von ihm verlorenen Krieg wie wohl kaum ein Volk in der neueren Geschichte gelitten und Opfer bringen müssen. Einmal aber müssen diese Opfer ihr Ende haben! Einmal muß der Schlußstrich gezogen, einmal muß auch diese Rechnung als beglichen anerkannt werden, wenn wirklich der Krieg als beendet erklärt werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Auch hierüber habe ich vor Ihren Kollegen in Genf klar und unmissverständlich gesprochen. Ich habe gesagt, es ist zwar kein Krieg mehr, aber es ist auch kein Friede. Es ist ein Zwischenzustand, der im Interesse der Welt endlich sein Ende finden muß.

In den Staatsmännerbesprechungen in Genf ist auch hierüber gesprochen und das Gerücht für die Lausanne Konferenz ausgeführt worden. Von Ihrem Ergebnis wird es abhängen, welchem Geiste nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt entgegengebracht wird, ob sie weiter in Elend und Sorge verfallen oder endlich wieder den festen Grund finden werde, von dem allem ein Wiederaufbau, eine Epoche fortschreitender Entwicklung möglich ist.

Auf diese Konferenz sind die Blicke der Weltgenossen aller Völker gerichtet, Hoffend und sehnsüchtig, ungeduldig und fordernd. Die Krise geht mit Gigantenschritten ihren Weg, an dem sich von Tag zu Tag die schwersten Opfer häufen. Und die Staatsmänner zögern. Zögern — teils vor der Größe der Aufgabe, teils vor der irreführenden Meinung ihrer Völker, denen man nach so langen Jahren bequemer Zuständen die Wahrheit, die volle, wenn auch harte Wahrheit, nicht sagen zu können vermeint. Wird dies Bekenntnis leichter, wenn man es aufschleibt? Will man warten, bis nichts mehr zu bekennen ist, als daß die Hilfe bereits zu spät kommt? Während die Staatsmänner zögern, wächst die Distanz zwischen dem Schritt der Not und dem schließlichen Tempo der Diplomaten zu immer größeren, immer bedrohlicheren Ausmaßen.

Wer, so frage ich als Vertreter eines Volkes, das der würdigen Geiß der Wirtschaftskrise heftiger als andere Völker gepakt hat, ohne dessen Wiederaufstieg es aber keine Sanierung Europas, keine Ausgeglichenheit der Weltwirtschaftsbeziehungen geben kann, wer will die Verantwortung tragen für weiteres Zaudern? Hört man in den Staatskabinetten und in den Kontoren der Wirtschaftskönige der Welt nicht den immer härter anschwellenden Chor derer, denen die beschämende Ergebnisarmut der bisherigen internationalen Beratungen der wirksamste Zureiber ihrer extremen, ja revolutionären Fronten ist? Sieht man nicht, daß aus den Gräbern vernichteter Völkerhoffnungen dämonische Geister der Verneinung und Zerstörung erstehen? Wir können nicht mehr warten, weil die Völker nicht mehr warten wollen und nicht mehr warten werden. Was uns nützt, ist nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat. (Stürmischer Beifall.)

Im Zeichen dieses Tatwillens muß Kaufmann stehen, sonst wird es nicht zum Wiedereinstellen des Lebens, sondern zum Wegweiser des Zusammenbruchs werden. Meine Damen und Herren, man hat mich oft als pessimisten bezeichnet und auch die Herren, die sich mit mir gegen meinen Willen biographisch beschäftigen, haben das Gleiche durchsagen lassen. Ich bin gewiß so pessimistisch, als jeder Staatsmann sein muß, der immer, wenn er richtig denken und handeln will, den ungünstigen Ausgang auch in seine Rechnung stellen muß. Aber in einem bin ich absoluter, überzeugter, wenn Sie wollen, fundentprophetischer Optimist. Ich bin Optimist im Glauben an die unabhängige Zukunft unseres Volkes und unseres Reiches. (Stürmischer Beifall.) — Aber eine Einschränkung muß ich machen. Diese Zukunft, an die Sie sowohl wie ich

von ganzen Herzen glauben, und die unsere ganze Arbeit wie eine heilige Flamme durchglüht und treibt, wird Erfüllung finden, wenn ein geeinter und gestählter Wille des gesamten Volkes sich der Erreichung dieses Zieles hart und opferbereit wehrt. Und die Erfüllung dieses Versprechens, das wir heute auch in dieser Stunde geben, wird uns leichter durch das Beispiel des Reichspräsidenten, der in seiner Schlichtheit, seiner Pflichttreue, seiner nie ermüdenden Vaterlandsliebe uns allen ein anfeuerndes Vorbild ist. Von einem solchen einmütigen Willen befeuert wird Deutschland auch in schwerster Zeit ungedrungen und ungebogen der besseren Zukunft entgegengehen, die wir erhoffen und für die wir alle unsere Kraft einsetzen wollen! (Langanhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Generalkonful Mous, der Verleger der „Königlichen Volkszeitung“, dankte dem Reichskanzler und betonte, daß wohl kein Berufsstand in Deutschland seiner Tätigkeit mehr Verständnis entgegenbringen könnte, als gerade die Vertreter der Presse.

An der Matinee nahmen zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teil, darunter Reichsminister Schiele und Staatssekretär Wünder, von Bülow, Trendelenburg, Gaudert, Frieberg und Weiß, Generalleutnant Hesse und der Chef der Marineleitung, Admiral Räder, von den preussischen Staatsregierungen die Minister Severing, Steiger, Schmidt, Grimm. Das diplomatische Corps war unter Führung des Runtius Monsignore Orteligo vollständig vertreten. Außerdem sah man zahlreiche Vertreter der parlamentarischen Körperschaften, an ihrer Spitze Reichstagspräsident Löss, ferner Vertreter des Reichsrates, hervorragende Persönlichkeiten aus Kunst und Wissenschaft und führende Verleger und Journalisten aus dem ganzen Reich.

### Heute wieder Reichstag

Der Etat vom Kabinett noch nicht verabschiedet  
Berlin, 8. Mai. Die Reichsregierung hat ihre Beratungen am Sonnabendnachmittag und auch am heutigen Sonntagvormittag fortgesetzt, aber zur Verabschiedung des Etats ist es noch nicht gekommen. Dies liegt vor allem daran, daß im Zusammenhang mit dem Etat auch die Frage der Arbeitsbeschaffung sowie die dazu gehörige Finanzierung erledigt werden muß. Das wird voraussichtlich erst bis Ende der neuen Woche gesehen können. Inzwischen wird der Reichstag vom Montag bis Mittwoch aber Donnerstag keine politische Aussprache durchführen. Ein Reichstagsbeschluss ist diesmal vor allem zur Anteilherminderung erforderlich, da die Regierung großen Wert auf parlamentarische Erledigung dieser Angelegenheit legt. Im Übrigen wird die Aussprache wahrscheinlich keine politische Bedeutung bringen. Mit dem Eingreifen des Kanzlers ist erst gegen Ende der Aussprache zu rechnen. Die Mehrheit für die Annahme der Regierungsentwürfe und für die Ablehnung der Vertrauensanträge gilt nach wie vor als gesichert.

### Der zweite Wahlgang in Frankreich

Basel, 8. Mai. In Vorbereitung der morgigen Verwaltungsratsitzung der BSB. und der am Dienstag anberaumten zweiten Generalversammlung der BSB. traten, wie üblich, die Leiter der verschiedenen Notenbanken heute nachmittag in Basel zu inoffiziellen Besprechungen zusammen, an denen sich auch Reichsbankpräsident Dr. Luthar beteiligte. Die morgige Verwaltungsratsitzung hat als wichtiger Punkt über die Frage der Verlängerung des am 4. Juni fälligen Rediskontkredites der Deutschen Reichsbank zu entscheiden. Die heutige Aussprache ergab die dringliche Zustimmung der verschiedenen Bankleiter zur Verlängerung dieses Kredites um weitere drei Monate. Paris, 9. Mai. Gegen 2 Uhr früh wurde eine Statistik über 358 Ergebnisse des zweiten Wahlganges veröffentlicht. Es fehlt also nur noch eins, und zwar das der Kolonie Guadeloupe. Mit den Ergebnissen des ersten Wahlganges ergibt sich nunmehr folgendes Bild:

Parteien	1. Wahlg.	2. Wahlg.	Insges.	Gew.	Verl.
Rechtsstehende	3	2	5	0	2
Martin-Magniot-Parteien	72	58	130	0	14
Linksrepublikaner	32	31	63	0	33
Rechtsstehende Radikale	22	39	61	0	22
Radikale Richtung Herriot	62	88	150	44	0
Sozialrepublikaner	18	32	50	2	0
Sozialisten	41	89	130	19	0
Kommunisten	2	19	21	9	0

Das ergibt zusammen 610 Abgeordnete.

### Die Verlängerung des deutschen Rediskontkredites

Paris, 8. Mai. Der heutige zweite Wahlgang, der nach den bisher vorliegenden Nachrichten im ganzen Lande ruhig verlief, bringt die Entscheidung über 359 Kammerstimme. Die Wahlbeteiligung soll etwa drei-

en  
ge  
heim  
anzen.  
stung.  
igung frei.  
nson  
M 44-  
1 13.50  
rgo  
M 8.-  
dung).  
is  
al Konzert.  
abend.  
Karl Wels.  
nbach  
it -  
sart.  
ial  
m Waller  
on R 4-  
ress!  
Platten  
he Küche  
en 10 gr.  
ten  
ant  
ngen  
nke  
aurant  
14  
dringen-  
Winter-  
stige,  
Vaino,  
lge Preis  
amkor.  
dek  
19 -  
Weine  
- 40 Botten  
nwein.  
sicht  
gens  
vub